

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

9.8.1930 (No. 184)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Responsible for the editorial part and the state announcements: G. A. Seyffried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. Einzelnummer 20 Pf.; Samstags 15 Pf. Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Der Reichskanzler zur Lage Für Parlaments- und Parteireform

Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Freitag in einer Versammlung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei eine Rede, in der er zunächst zur außenpolitischen Lage sprach.

Die Ordnung auch der wirtschaftlichen Dinge in Europa läßt sich nicht allein erreichen und erzielen durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen Wirtschaft, Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt oder zum mindesten gleichzeitig notwendig.

Noch nicht haben wir durchgesetzt ein auf Jahre nötiges, klares, aber auch realisierbares Bauprogramm. Die Aufgabe muß sein: Durch ein sorgfältig abgewogenes Finanzierungsprogramm und Bauprogramm — auch im Interesse der Vermehrung von Krisenschwankungen bei der Bauarbeiterbeschäftigung — ein Bauprogramm gleichmäßig auf bestimmte Jahre billig zu finanzieren und durchzuführen, mit dem Ziele, die Behebung der Wohnungsnot unter nicht unbilliger Steigerung der Baukosten, und damit der Mietkosten, bis zu einem bestimmten Kernpunkt durchzuführen.

Man darf nicht davor zurückschrecken, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, um mindestens in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Leerlauf der Verwaltung bei Reich und Ländern beseitigt werden. Das andere ist die Frage der Parlamentsreform.

Es ist unmöglich, daß all zu viele kleine Gruppen im Reichstag die Politik maßgebend bestimmen können. Das Parlament hat es in der Hand, ob es für eine Regierung notwendig ist, dem Herrn Reichspräsidenten die Anwendung des Artikels 48 vorzuschlagen. Ruhe in der Beurteilung der jeweiligen Situation, Ruhe in der Fraktion, sichere Fraktionsführung, stärkere Zusammenfassung, größere Parteien, stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl, rechtzeitig auch das Unpopuläre zu tun, — dann ist die Anwendung des Artikels 48 für alle Zeit überflüssig.

Dietsch für Sammlung der Mitte

Reichsfinanzminister Dr. Dietsch veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel mit der Überschrift: „Der schwarze Donnerstag“, in dem er u. a. ausführt:

Die Politik der fortschrittlichen liberalen Kräfte, auf deren Arbeit die heutige Wirtschaft und Kultur beruht, ist falsch geführt worden. Von rechts hat die Volkspartei eine Absage bekommen. Es ist kein Wunder, denn der Gedanke, eine Dachgesellschaft zu gründen, unter der sich Konservative und fortschrittliche Elemente zusammenfinden sollten, ist an sich unmöglich.

Sieht man vom Zentrum ab, so zerfallen die staatsbewußten und positiv mitarbeitenden bürgerlichen Kräfte in die fortschrittlichen, entwickelnden Kräfte auf der einen Seite, in die Konservativen, d. h. die erhaltenden Kräfte auf der anderen Seite. Die Gefahr der Schwächung beider Gruppen droht von zwei Seiten, von den Radikalen rechts und von dem Interessententum, der sich in diesen Gruppen austobt und auf dessen Konto die Parteipolitik der bürgerlichen Kräfte zu sehen ist.

Die Dittsche. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verordnung zur Durchführung des dritten Abschnittes (Dittsche) der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Notstände vom 26. Juli 1930, welche die Reichsregierung im Benehmen mit der preussischen Staatsregierung erläßt. Danach werden in von der Verordnung genau bezeichneten Gebieten Maßnahmen der Umgestaltung und des Volkstretungsanspruches durchgeführt.

Letzte Nachrichten

Der angebliche Zwischenfall in Tanga Eine Falschmeldung der „Daily Mail“

M. Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) „Daily Mail“ hatte kürzlich, wie gemeldet, über den Besuch des deutschen Kreuzers „Karlsruhe“ in Tanga, Ostafrika, das bekanntlich unter englischer Mandatsverwaltung steht, eine aufsehenerregende Darstellung gegeben und im Anschluß daran mitgeteilt, daß es deshalb zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und England kommen werde. Die ganze Darstellung stellt sich jetzt nicht nur als übertrieben, sondern als falsch heraus.

Dem Deutschen Auswärtigen Amt ist nunmehr die Darstellung des deutschen Konsuls in Tanga zugegangen. Danach hat nicht nur der Konsul selbst bei dem Vorfalle, das die dortigen Deutschen zu Ehren der Offiziere gegeben haben, sich vollständig korrekt benommen, sondern auch die Befehlsbefugung hat sich nicht zuschulden kommen lassen. Vor allem hat der Konsul, was die „Daily Mail“ gemeldet hatte, in seiner Rede nichts von dem feinerzeitigen vorgeblichen Landungsversuch der Engländer bei Ausbruch des Weltkrieges gesagt. Die ganze Darstellung der „Daily Mail“ entspringt sich als Heresie. Inzwischen hat auch bereits die Londoner „Times“ eine Berichtigung gebracht und darin die korrekte Haltung der Deutschen anerkannt. Im gleichen Sinne haben sich die britischen Behörden in Tanga ausgesprochen.

Internationale Stickstoffverhandlung perfekt

WTB. Berlin, 9. Aug. Die in Ostende Mitte Juni d. J. begonnenen und in Paris fortgesetzten internationalen Stickstoffkonferenzen haben unter dem Vorsitz von Geheimrat Schmitz zum Abschluß einer Konvention geführt. Das Inkrafttreten hängt noch von der Erledigung gewisser Formalitäten ab. Die Abkommen gelten für die ganze Welt mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Folgende Länder sind beteiligt: Belgien, Chile, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

M. Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Die Meldungen eines Pariser Blattes über angebliche Geheimverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland werden an zuständiger Stelle für unzutreffend erklärt. Es handelt sich um keinerlei Geheimverhandlungen, sondern um Besprechungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag.

Arbeitsbeschaffung für Berlin

M. Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Im Rathausaal fand gestern auf Einladung des Stadtbaurats von Berlin eine Besprechung statt. Gegenstand der Beratung war die eigene Initiative Berlins zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Der Stadt genügt das Programm der Reichsregierung nicht. Stadtbaurat Wagner führte aus, daß im Berliner Wirtschaftsgebiet zur Zeit 350 000 Arbeitslose seien und von der Stadt an 80 000 Wohlfahrtsberuflose Unterstützung bezahlt werden müsse, was monatlich 5 Millionen Reichsmark erfordere. Die Verammlung forderte die Reichsregierung auf, mit der Stadt Berlin über ein besonderes Arbeitsprogramm in Verhandlung zu treten.

Deutsche Arbeit in Griechenland

Fr. Athen, 9. Aug. (Priv.-Tel.) In Gegenwart des deutschen Generalkonsuls von Kardorff und des griechischen Außenministers eröffnete der Minister für Verkehrswege die neue autonome Fernsprezentrale für Athen. Die Neugestaltung des griechischen Fernsprechwesens und die Betriebsführung für ganz Griechenland wurden bekanntlich vor kurzem auf 33 Jahre an die deutsche Firma Siemens & Halske übertragen.

Französischer Spion in Berlin verhaftet

EWB. Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Die Politische Abteilung des Polizeipräsidiums hat, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, den ehemaligen Studenten Eugen Gantner unter dem dringenden Verdacht verhaftet, Spionage zugunsten Frankreichs getrieben zu haben. Gantner legte ein Geständnis ab und gab zu, von einer französischen Nachrichtenstelle Spionageaufträge entgegengenommen und ausgeführt zu haben. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er als Gegenleistung erhebliche Geldbeträge empfangen hat. Eine Dausuchung förderte zahlreiche Schriftstücke zutage, aus denen die Spionagetätigkeit Gantners hervorgeht.

Die Dürre in den USA.

WTB. Washington, 9. Aug. (Tel.) Präsident Hoover hat die Gouverneure der von der gegenwärtigen Dürre am schwersten betroffenen Staaten für den nächsten Donnerstag zu einer Konferenz eingeladen, um die Aufstellung eines Notprogramms zu besprechen. Auch das rote Kreuz wurde aufgefordert, sich für die Linderung von Notständen bereit zu halten. Die bereits sieben Wochen andauernde Trockenheit, die vermutlich auch noch während der nächsten 14 Tage anhalten wird, hat, wie Präsident Hoover vor Pressevertretern ausführte, eine sehr ernste Lage geschaffen. Ungefähr eine Million Farmerfamilien mit 24 Millionen Rindern und 6 Millionen Schafen sind in Mitleidenschaft gezogen. Außer dem Viehfutter hat besonders die Frühjahrsausfaat gelitten. Dagegen ist die Ernährung der Nation nicht gefährdet, da Wintergetreide reichlich geerntet wurde.

Zum Verfassungstag

In den Tagen, da in ganz Deutschland festlicher Jubel über die Befreiung des Rheinlandes herrschte, haben wir alle die Verbundenheit der einzelnen deutschen Stämme und Landschaften zu einem großen Ganzen stärker empfunden als vielleicht sonst im Getriebe des Alltags. In diesen Stunden nationaler Begeisterung mußte es auch jedem wieder zum Bewußtsein kommen: Wenn uns auch das Diktat von Versailles schwere Wunden geschlagen und Lasten auf unsere Schultern gelegt hat, die wir nach dem Youngplan noch Jahrzehnte tragen sollen, ihr letztes Ziel haben die Feinde doch nicht erreicht: die Einheit des Reiches ist erhalten geblieben.

Das deutsche Volk hat die Reichseinheit, das Vermächtnis des vergangenen Jahrhunderts und das Unterpfand künftigen Wiederaufstieges, aus dem Wirbel von Revolution und Niederlage gerettet und gekräftigt. Allein diese Tatsache, deren Bedeutung Gemeintum aller Deutschen sein muß, berechtigt dazu, den 11. August als den Verfassungstag zu einem Nationalfeiertag zu machen und festlich zu begehen.

Die Rettung der Reichseinheit und der Neubau der staatlichen Fundamente in der Weimarer Verfassung gegenüber dem Ansturm der Gegner von außen, die erst mit dem Zusammenbruch der separatistischen Bewegung ihre Hoffnungen aufgaben, und gegenüber dem drohenden bolschewistischen Chaos im Innern waren ein Ausdruck desselben nationalen Volkswillens, der, vor mehr als 100 Jahren unter den Schlägen Napoleons erwacht, die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung unter dem schwarzrotgoldenen Banner vorwärtsgetragen hatte. Diese volksnationale Bewegung mußte sich allerdings gegen die Fürsten vollziehen. Sie war die Vorbereitung zur Reichsgründung Bismarcks. Dieses einige deutsche Reich ist uns trotz allem erhalten geblieben, aber im Wandel der Zeiten hat sich auch die Aufgabe der Nation gewandelt. Sie ist heute wie am Tage der Eröffnung der Verfassung von Weimar die der Selbstverwirklichung der deutschen Nation.

Diese Selbstverwirklichung ist die große Aufgabe, die an die Republik gestellt ist. Die Republik ist aber nicht etwas, das außer uns besteht, sondern die deutsche Republik sind wir selbst, das ganze deutsche Volk. Wer von diesem Gedanken erfüllt ist und sich in seinem Handeln davon tragen läßt, der wird ganz von selbst den echten Gemeinschaftsgeist pflegen, nicht dem Vorteil eines Standes oder einer Klasse dienen, sondern dem Wohle des Staates, der Nation, des gesamten Volkes.

Nicht die Freiheit von obrigkeitstaatlichem Zwange, welche in der Demokratie und in der Republik gewährt werden, machen das Wesentliche der Demokratie aus, sondern die innere Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber, der Sinn für Verantwortung für das Ganze. Hieraus entstehen die Kräfte, welche den Staat, die Republik, die Demokratie tragen, hieraus entspringen die Verpflichtungen und Gewissensbindungen, welche Gesetze und Verordnungen allein niemals erzeugen können. Das Leben im Staat, der Staat selbst tritt nur in Erscheinung, wird nur durch die gewollte, stets erneuerte Tätigkeit und Mitwirkung seiner Glieder.

Im Lichte der Staatsauffassung des 20. Jahrhunderts ergibt sich klar die ungeheure wichtige Folgerung, daß die Verfassung von Weimar als erste deutsche Verfassung alle Glieder des Staates zur Teilnahme am staatlichen Leben nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Der Bürger ist nicht mehr Objekt der Regierung, sondern selber verantwortungsvolles Glied des Lebensganges des Staates, das er durch einen Willensakt immer wieder in sich erneuert. Das ist der tiefere Sinn des ersten Artikels der Weimarer Verfassung: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Aus der neuen, in der Weimarer Verfassung verankerten Staatsauffassung ergeben sich weittragende Folgen, große Verantwortung für den einzelnen Bürger, für den politischen Führer, für die Gesamtheit, für den Staat. Der Staat erscheint in diesem Lichte als ein Gut, das man immer ringend neu erwerben muß, um es zu besitzen. Der Dienst des einzelnen am Staate ist Dienst am einzelnen für sich selbst. Das ist die Grundlage für eine neue politische Ethik, an der nichts dadurch geändert wird, daß die deutsche Republik, wie alle modernen Demokratien, ein Parteienstaat ist. Was wir zu beklagen haben, ist die Verzerrung des Parteiwesens, an dessen Überwindung wir genau so arbeiten müssen wie an der Überwindung des Gegensatzes der Klassen. Wenn von allen

der Geist, der aus der Verfassung von Weimar als Ganzes genommen spricht, so erweist sie sich als das, was sie dem Sinn nach sein will und soll, als Sammelpunkt nationaler Einheit und Stärke.

Das Erlebnis des Krieges, die Überwindung der Revolution und die in den verflochtenen Jahren geleistete Arbeit haben gezeigt, welche gewaltige staatsaufbauende Kraft in dem deutschen Volke steckt. Das gibt inmitten einer Zeit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen und Kämpfe die frohe Zuversicht, daß trotz all der großen Schwierigkeiten der Gegenwart in der Zukunft das Ziel erreicht wird: ein einiges geschlossenes Deutschland im Innern mit freiem Volk auf freiem Grund, ein ebenso starkes Deutschland nach außen als Hort des Friedens und des wahren Selbstbestimmungsrechtes der Völker Europas.

2757 000 Arbeitslose

Die Zeit vom 16. bis 31. Juli 1930 brachte nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eine fühlbare Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, die im letzten Berichtsabschnitt nur unerheblich zugenommen hatte, ist jetzt um rund 28 000 auf über 1 497 000 in der Arbeitslosenunterstützung und um rund 23 000 auf 403 000 in der Krisenunterstützung gestiegen.

Damit hat die Belastung der beiden Unterstützungsanstalten mit zusammen über 1 900 000 Unterstützten einen Stand erreicht, der um mehr als eine Million über dem des Vorjahres liegt, während diese Überlagerung Mitte Juli noch 988 000 betrug. Dieser Entwicklung entspricht die Zunahme der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden, die bei den Arbeitsämtern eingetragen sind. Sie stieg vom 15. bis zum 31. Juli um rund 42 000 und erreichte — nach Abzug derjenigen, die noch in gebührender oder ungehöriger Stellung oder in Notstandsarbeiten beschäftigt waren — einen Stand von rund 2 757 000 Arbeitslosen.

Kurze Nachrichten

General a. D. Walther Reinhardt †. General a. D. Walther Reinhardt, letzter preussischer Kriegsminister und erster Chef der Heeresleitung der Reichswehr, ist am Freitag im 59. Lebensjahre in Berlin gestorben. Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des Wehrkreises V und Oberbefehlshaber der Reichswehrgruppe 2.

Eugenberg als Spitzenkandidat in der Pfalz. Wie der Landesverband Rheinpfalz der DVP. mitteilt, hat Dr. Eugenberg die Spitzenkandidatur für die Pfalz angenommen.

Der König von Irak ist am Freitagnachmittag, wie angekündigt, in Berlin eingetroffen.

Preußen und die Augsburgische Vierhundertjahrfeier. Auf eine kleine Anfrage, warum die preussische Regierung an der Vierhundertjahrfeier der Augsburgischen Konfession nicht teilgenommen habe, hat der preussische Minister für Kunst und Wissenschaft geantwortet, daß dem preussischen Staatsministerium zu seinem Bedauern eine Gelegenheit zur Beteiligung nicht geboten worden ist, da es eine Einladung nicht erhalten hat.

Der Konflikt im graphischen Gewerbe Österreichs ist beigelegt, so daß die für die nächste Woche angekündigte Aussperrung unterbleibt.

Der stolze Mussolini. Die Agentur Indopazifische meldet, Mussolini habe sich geweigert, die vom japanischen Roten Kreuz für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Italien gesammelten Beträge anzunehmen. Die Hilfsaktion sei Sache der italienischen Regierung.

Der ehemalige König von Afghanistan, Amanullah, ist unerwartet von Konstantinopel nach Rom abgereist.

Starker Reiseverkehr von Amerika nach Europa. Nach einer Mitteilung des Washingtoner Staatsdepartements sind im Mai 14 000 Touristen nach Europa abgereist. Am 15. Juli verließen 9 Passagierdampfer mit mehr als 10 000 Reisenden die Vereinigten Staaten. Diese Zahlen übersteigen alle bisherigen Rekorde.

Der polnische Staatspräsident Moszicki hat mit seinem Augenminister Jaleski und dem Leiter der Oberabteilung, Solowka, an Bord des polnischen Dampfers „Polonia“ von Gdingen aus, die Reise nach Neval angetreten. Der Dampfer wird von vier polnischen Torpedobooten begleitet.

Ein kommunistisches Komplott in Kuba. In Havana wurde ein kommunistisches Komplott zum Sturze der Regierung aufgedeckt. 70 Personen wurden verhaftet. Die Geheimpolizei beschlagnahmte einen Briefwechsel der Verschwörer mit Moskau. Die Verhafteten sind Chinesen, andere Ausländer und Einheimische. Die Ausländer werden ausgewiesen werden.

Die Beisetzung Siegfried Wagners

In Bayreuth fand am Freitag unter außerordentlich großer Teilnahme der Bevölkerung im Beisein von Vertretern aller Sprachen und Nationen nach einer Trauerfeier in der Stadtkirche die feierliche Beisetzung Siegfried Wagners statt. In den frühen Morgenstunden wurde der Sarg mit der Leiche von uniformierten Polizeibeamten in die Stadtkirche übergeführt. Die Feier wurde durch den Bach'schen Choral „Ach, wie nichtig, ach, wie flüchtig ist der Menschen Leben“, unter Leitung des Chorleiters Mühl (Berlin) vom Festspielchor eingeleitet. Dekan Dr. Wohlfahrt hielt die Trauerrede, der der 1. Korintherbrief zugrundelag. Zum Schluß sang der Festspielchor den Bach'schen Choral „Sei zufrieden“. Darauf wurde der Sarg von Künstlern hinausgetragen. Ein unübersehbarer Zug bewegte sich zum Friedhof. Die Schuljugend bildete Spalier. Über der Stadt kreiste ein flugzeug mit Trauerflor, das einen Kranz abwarf. Auf dem Friedhof wurden die Einsegnungsfeierlichkeiten mit einem Solosänger von Künstlern des Festspielhauses eingeleitet. Dekan Dr. Wohlfahrt segnete Siegfried Wagner aus zur ewigen Grabruhe. Darauf folgte eine Reihe von Ansprachen. Hofrat Oberbürgermeister Treu würdigte die Verdienste des großen Meisters und gelobte an seinem Grabe, daß Bayreuth stets die Treue zum Hause Wahnfried und zu seinem Werke halten werde.

Einem erhebenden und würdevollen Abschluß bildete die abends im Festspielhaus von der gesamten Künstlerschaft veranstaltete Trauerfeier. Maestro Toscanini verstand es in dem einleitenden Musikstück vorzüglich, in seine Stabführung den Schmerz und die Trauer des Tages zu legen. Kammeränger Braun fand erhebende Worte für den Verstorbenen und gelobte namens der Künstlerschaft, auch fernerhin in Treue zum Bayreuther Werk zu stehen. Im Namen der Familie Wagner dankte er für die dem Verstorbenen entgegengebrachte Liebe und Ehrerbietung. Dann spielte das

Das Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung

Mitteilungen Imhoffs

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Voss. Zig.“ führte der vom Reichsarbeitsministerium zur Überwachung des Wohnungsbauprogramms des Reiches nach Berlin berufene badiische Ministerialrat Imhoff aus:

Das Programm soll die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Bauten so billig hergestellt werden, daß die Mieten für Arbeiter und Angestellte erschwinglich werden, und wenn das Programm ein zusätzliches ist, durch das neue Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Es wird dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Gemeinden als Bauherren durch Überweisung von Geldern aus dem 100-Millionen-Fonds Ersparnisse machen. Die Wohnungen von 32 bis 45 Quadratmeter, die höchstens 40 M Miete kosten sollen, sind in erster Linie für kinderlose Ehepaare, die von 60 Quadratmeter, die 50 M Miete kosten sollen, für Ehepaare mit Kindern bestimmt. Alle gesundheitlichen Momente sollen berücksichtigt werden, unter Verzicht auf Komfort, wie Warmwasser, Zentralheizung, Bad usw. Doch soll nach Möglichkeit eine Dusche eingerichtet werden.

Von den engeren Wettbewerben, zu denen die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen 20 namhafte Architekten aufrief, und dessen Ergebnis in etwa 14 Tagen bekanntgegeben wird, erwartet man eine gewisse Vereinheitlichung der Richtlinien für die Durchführung der Bauten. Von den verfügbaren 100 Millionen Reichsmark wurden zunächst 85 Millionen an die Länder verteilt, davon an Preußen 59. Die übrigen verbleibenden 15 Mill. Reichsmark sollen dort eingesetzt werden, wo die Länder Bauprojekte vorlegen oder besondere Notlage herrscht.

Die Mittel für das Wohnungsbauprogramm, die zur Verfügung stehen, gehen über 100 Millionen weit hinaus. Zunächst geben die Landesversicherungsanstalten weitere 150 Millionen in Form von Hypotheken und Zuschusshypotheken zu 4 1/2 bis 5 1/2 Proz. Weitere Gelder wird die Bau- und Bodenbank zu niedrigem Zins beschaffen, so daß zunächst mindestens 300 Millionen zur Verfügung stehen.

Den Gemeinden wird empfohlen werden, die Anschlußarbeiten für Wasser, Kanalisation, Straßenbau usw. möglichst niedrig zu berechnen. Die Straßen sollen in den reinen Wohnvierteln schmaler gehalten und Straßenbahngleise möglichst einfach hergestellt werden. Die sehr erheblichen Widerstände der zahlreichen privaten und öffentlichen Bauherren müssen überwunden werden. Durch das gute Beispiel erhofft man eine allgemeine Verbilligung der Herstellung auch der Wohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln und auch Städteanleihen errichtet werden.

Änderung der Reichsverforgung der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen

Nach der Verkündung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 (RGBl. I/311), hatten sich verschiedene Presseäußerungen mit der Frage ihrer Rechtsgültigkeit beschäftigt. Soweit es sich um die im dritten Titel des 4. Abschnitts, Art. 1 bis 8 veröffentlichten Änderungen der Reichsverforgung der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen handelt, hat das Oberste Gericht bereits entschieden. Der 14. Senat des Reichsverföngungsgerichts hat am 30. Juli 1930 in einer grundsätzlichen Entscheidung diese Vorschriften für rechtsgültig erklärt.

Ein zeitgemäßer Erlaß gegen die Vergnügungssucht

Der Landrat des Kreises Limburg hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er sich gegen die Vergnügungssucht wendet. In dieser Bekanntmachung heißt es u. a.: Ich habe die Freizeitmachen müssen, daß trotz der großen wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit Vergnügen und öffentliche Lustbarkeiten immerfort zunehmen und das Maß solcher Veranstaltungen in Friedenszeiten weit übersteigen. Ich erwarte daher die Polizeiverwaltung der drei Städte des Kreises und die Ortspolizeibehörden der Landgemeinden dringend, auf eine Einschränkung der Vergnügungssucht hinzuwirken. Wenn es nicht gelingt, die Antragssteller unter Hinweis auf diese Verfügung zu freiwilligem Verzicht zu bewegen, so sind übermäßige Anträge auf Gewährung von Vergnügungen abzulehnen.

Bei Zusammenstößen in Indien in Sukkur in der Provinz Sind zwischen Hindus und Mohammedanern, wurden sechs Personen getötet und 150 verwundet. Bei neuen Zusammenstößen kamen zwei Hindus und ein sechs wurden verletzt.

Nach in Batavia vorliegenden Meldungen ist die Insel Anai, die den Kraterrand des Krakatau bildete und 60 Meter über den Meeresspiegel emporragte, am Freitag während eines heftigen Ausbruchs des Vulkans plötzlich im Meer versunken.

Orchester unter Leitung Karl Eimendorfs zwei Stücke aus Siegfried Wagners Opern, und zwar „Glaube“ aus dem „Götterdämmerung“ und das Vorspiel zum „Tristan und Isolde“. Den Abschluß der Feier bildeten „Siegfrieds Tod“, der Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“ unter Karl Muds Leitung, der von der großen Trauergemeinde stehend angehört wurde.

Prof. Dr. Eugen Fehle 50 Jahre alt. Der Extraordinarius für Klassische Philologie und Volkskunde an der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Eugen Fehle, wurde am Donnerstag 50 Jahre alt. Fehle gibt seit einigen Jahren die Zeitschrift für Volkskunde heraus, die zum Mittelpunkt der volkstümlichen Forschung in Oberdeutschland geworden ist. Weiter Kreise bekannt geworden ist Fehle durch sein grundlegendes Werk „Badiische Volkskunde“ und durch seine führende Mitarbeit im Landesverein „Badiische Heimat“.

Eugen Keller Würzburger Intendant. Meldungen mehrerer Blätter zufolge wurde zum Intendanten des Würzburger Stadttheaters Herr Eugen Keller, früherer Intendant in Heidelberg ernannt. Eugen Keller wohnt seit seinem Weggang von Heidelberg in Mannheim. In den beiden letzten Jahren führte Keller verschiedene Inszenierungen am Mannheimer Nationaltheater und an der Berliner Staatsoper durch.

Prof. Robert Poehelberger †. Am 2. August verstarb auf der Insel Reichenau der 1856 in Wien geborene Maler und Bildhauer Prof. Robert Poehelberger. Als Lehrer an der Karlsruher Akademie war der Künstler von 1892 bis 1899 tätig. Mit Kaldreuth und Grethe überlebte Poehelberger nach Stuttgart, wo er mehrere Jahre an der dortigen Akademie als Lehrer wirkte. Ein Sohn des geschätzten Künstlers lebt in München ebenfalls als Maler. — In der Badiischen Kunsthalle befindet sich von Robert Poehelberger das Bild „Der Abschied“.

Parteien und Wahlbewegung

Opposition bei der Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Wuppertal-Elberfeld, hat an Dr. Scholz folgendes Telegramm geschickt: „Hauptvorstand Ortsgruppe Wuppertal ist einstimmig der Auffassung, daß das durch Rundfunk bekanntgegebene Angebot Höppler-Scholls, bei einem Zusammenschluß der Volkspartei mit der Staatspartei solle unser verehrter Seniors Kahl den vorläufigen Vorsitz übernehmen, hätte unbedingt angenommen werden müssen. Gegenvorschlag Dr. Scholz vollständig verfehlt. Verlangen sofortige Einberufung des Zentralvorstandes. Tilmanns, Vorsitzender.“

Wie in Berlin dazu erklärt wird, komme nach Ansicht führender Leute der Deutschen Volkspartei die sofortige Einberufung des Zentralvorstandes nicht in Frage. Dafür wäre das Verlangen von mindestens 50 Mitgliedern erforderlich.

Zu dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Höppler-Scholl und Scholz sagt die „Kölnische Zeitung“: Zum Vorschlag Höppler-Scholls heißt es: Zusammenschluß der beiden Parteien auf völlig gleicher Grundlage und bis zur endgültigen Verschmelzung nach den Wahlen, Führung der geeigneten Parteien durch einen Volksparteiler, den allgemein verehrten Wilhelm Kahl. Was will man eigentlich mehr? Die Kleinbürgerliche Angst vor der Sozialdemokratie kann unmöglich entscheidend gewesen sein. Denn der Zusammenschluß der staatsbürgerlichen Mitte würde ja gerade einen erfolgreichen Abwehrkampf nach allen Seiten ermöglichen. Was trotzdem das Scheitern der Verhandlungen notwendig gemacht haben soll, bleibt das Geheimnis des Herrn Dr. Scholz. Wenn sich aber schließlich die Deutsche Volkspartei zwischen zwei Stühlen setzt, was dann? Sie sollte doch nicht ganz vergessen, daß sie die Partei Stresemanns war, und daß Stresemann nicht mehr ist.

Keine Vermittlungsversuche Köhlings

Die Führer der saarländischen Volkspartei, Köhling und Schmelzer, hatten Freitag mittag in Berlin die angekündigte Aussprache mit dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, Köhling und Schmelzer überzeugten sich davon, so berichtet die „Vorpost“, daß weitere Vermittlungen, die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei jetzt noch näher zusammenzubringen, erfolglos bleiben müssen. Sie werden daher keine Vermittlungsversuche machen.

Köhling und Schmelzer haben nach der Unterredung an Dr. Scholz folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Auf Grund der soeben gehaltenen Besprechung scheint es uns richtig, festzustellen, daß wir einig mit Ihnen sind in der Idee, das deutsche Bürgerturn in einer Partei zu sammeln. Aber den jetzt zu gehenden Weg sind wir aber auch nach der Unterredung nicht Ihrer Meinung. Wir möchten darauf hinweisen, daß die Erfahrungen, die wir im Saargebiet mit der Verschmelzung der Volkspartei und der Demokraten im großen und ganzen gemacht haben, auch für die Entwicklung im Reich gelten dürften. Auf jeden Teil werden wir unsere Aufgaben im Saargebiet darin sehen, die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung nicht zu erschöpfen, sondern uns an uns liegt, sie zu erleichtern.“

Graf Westarp und die monarchistische Frage

Von einem Vertreter der „Kreuzzeitung“ wurde Graf Westarp die Frage vorgelegt, ob seine Stellung zur monarchistischen Frage nach den neuesten Ereignissen dieselbe geblieben sei wie bisher. Er antwortete u. a.:

Niemand wird von mir annehmen dürfen, daß ich in dieser Grundfrage meiner politischen Arbeit meinen Standpunkt geändert hätte. Monarchistische Gesinnung und Überzeugung legen mir die Pflicht auf, für sie einzutreten und zu wirken, mag praktisch zur Zeit noch so wenig zu erreichen sein und die Erfüllung in noch so ferner Zukunft liegen. Das Bild des zukünftigen Reiches konservativer Prägung kann nicht in starrem Dogma festgelegt, es muß nach Entwicklung und Erfahrung fortwährend weiter ausgearbeitet werden. Die Arbeit an diesem Wege wird, genau ebenso wie jedes ehrsüchtige Eingreifen in die geschichtliche Vergangenheit der deutschen Volkspersonlichkeit, zu dem Ergebnis führen, daß es dem deutschen Wesen und den besonderen deutschen Bedürfnissen entspricht, den Bau mit der monarchistischen Spitze zu krönen. Der Kaisergedanke lebt fort und wird, je schwerer die Not drückt und je mehr die jetzigen Gewalten sich als unzulänglich erweisen, um so lebendiger werden. Er ist für den Neubau des Reiches unentbehrlich.“

Austritte aus der preussischen deutschnationalen Landtagsfraktion

Die nachstehenden bisherigen Mitglieder der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtages: Paul Waelder, Berlin, Bundes-Schleswig-Holstein, Fischer-Franfurt a. O., Gauger-Rotterdam I, Heben-Werzeburg, Just-Hessen-Nassau, Quercingaster-Erfurt haben ihren Austritt aus der deutschnationalen Partei erklärt. Gleichzeitig haben die genannten Abgeordneten auch ihren Austritt aus der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtages vollzogen.

Kleine Chronik

In der Nähe von Hainstetten bei Augsburg geriet ein mit 22 Ausflüglern besetzter Lieferwagen beim Ausweichen vor einem Kraftwagen auf der schlüpfrigen Straße ins Schleudern, rannte gegen einen Baum und stürzte um. Alle Insassen fielen heraus. 12 Personen wurden verletzt, davon 6 schwer und eine lebensgefährlich.

Der Generaldirektor der „Geschäfts-Finanzierung-A.G.“ in Berlin-Bankow, Willi Frost, wird, wie das „Tempo“ berichtet, seit einigen Tagen von der Polizei gesucht. Nach den bisherigen Feststellungen hat Frost keine Kunden, meist kleine Sparer — man spricht bisher von 600 000 M — um diese Beträge geschädigt. Leute in mehreren ostpreussischen Städten sollen besonders empfindlich geschädigt sein. Vor 14 Tagen reiste Frost nach Paris und ist seitdem verschwunden.

In dem Destillierraum der Kunstseidenfabrik Acta in Nichtenberg bei Berlin, explodierte heute, Samstag vormittag, bei Schweißarbeiten eine Destillierblase. Fünf Arbeiter wurden schwer verletzt in Krankenhäuser gebracht. Einer ist seinen Verletzungen erlegen.

In Spandau wurden Donnerstag spät abends etwa zehn Kommunisten von Nationalsozialisten überfallen. Zwei Kommunisten wurden durch Messerstücke erheblich verletzt.

In Sachen des vor einigen Tagen in Berlin unter dem Verdacht der Unterschlagung verhafteten Direktors der russischen Handelsvertretung Ruffaiforg in Kiel, Samoylow, fand ein Haftprüfungstermin statt. Das Gericht beschloß, daß Samoylow mit der weiteren Vollstreckung der Haft verdonnert werde. Das Verfahren gegen ihn wird weiter durchgeführt.

In den Lagerräumen am Hafen Gafag (Rumänien), in denen Kolophonium lagerte, brach Feuer aus, das einen riesigen Umfang annahm. Der Schaden beziffert sich auf 170 Millionen Lei.

Eine „Schule der Staatsgesinnung“

Führende Wirtschaftskreise sind seit langem bemüht, die Grundzüge rationaler Wirtschaftsführung, die in der privaten Wirtschaft zu einer wesentlichen Verminderung der toten Kosten geführt habe, auch in den Gemeindeverwaltungen zur Anwendung zu bringen. In einer vom Langnamverein einberufenen kommunalpolitischen Aussprache erörterte kürzlich der Duisburger Oberbürgermeister Prof. Dr. Wolf die Ursachen, die zu den bekannten Verfassungsverstößen zwischen Reich und Ländern einerseits, zwischen Staat und Gemeinden andererseits geführt haben.

Er zeigte, wie die Verschiebung des Schwerepunktes innerhalb der Gemeinden von freiwilligen auf gesetzliche Leistungen sowie ein den kommunalen Aufgaben nicht gerecht werdendes Steuerwesen eine Krise der Selbstverwaltung hervorgerufen haben. Die Wirtschaftskreise, so führte er aus, üben mit Recht an der heutigen Kommunalpolitik Kritik, da die Wirtschaft die finanziellen Mittel zur Bestreitung der Gemeindeaufgaben aufbringen müsse. Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gemeindeverwaltung werde aber besser werden, wenn die kommunale Selbstverwaltung wieder eine Schule der Staatsgesinnung im steinernen Sinne werde. Das müsse das Ziel der neuen Städteordnung sein: eine Stärkung der Selbstverwaltung, aber nur dann, wenn sie zu höherem Verantwortungsgefühl ihrer Träger führe. Zu verworfen sei die Politik mancher Gemeinden, deren Ausdehnungsdrang einen wirtschaftlich unvertretbaren Wettbewerb gegenüber der Privatwirtschaft ausgelöst habe.

In der dem Referat folgenden Aussprache wies Dr. Schlenker vom Langnamverein besonders auf die erfolgreichen Bemühungen der Wirtschaftskreise einiger linksrheinischer Städte hin, die darauf gerichtet sei, auf ihre Gemeindeverwaltungen im Sinne einer sparsamen und rationalen Wirtschaftsführung einzuwirken. Gladbacher Industrielle, so berichtete er, haben unter Einsatz erheblicher Mittel rechtsverbindliche Garantien als Gegenleistung für ihre Mithilfe bei der Sanierung des Gemeindehaushalts erhalten. Sie haben z. B. eine Rationalisierung der Gemeindeverwaltung gefordert und durchgeführt, die künftig jeder Zuschußwirtschaft einen kräftigen Miegel vorschreibt. Das ist, so betonte Dr. Schlenker, positive Kritik der Wirtschaft an der Gemeindeverwaltung. Die Wirtschaft muß den Gemeinden zunächst aus der Finanznot heraus helfen, dann aber Sicherungen dafür verlangen, daß die Lasten künftig der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler und den verfügbaren Einnahmen angepaßt werden. Das gilt insbesondere auch von den sozialen Lasten, die heute die Hauptschuld an der kommunalen Finanznot tragen.

Einschränkung der französischen Mandate wegen spinaler Kinderlähmung. „Echo de Paris“ berichtet, daß die großen Septemberräte in Lothringen infolge der Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung in Frage gestellt sein dürften. Jedenfalls dürfte der Umfang der Mandate von dem Gesundheitszustand in Lothringen abhängen, zumindest werden sie eine Einschränkung erfahren.

Sieg der Regierungstruppen in China. Die chinesische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die Regierungstruppen einen großen Sieg über die aufständischen Truppen der Nordpartei in der Provinz Schantung davongetragen haben. Sie nähern sich Peking an. Die Aufständischen ziehen sich in großer Unordnung zurück. Über 19 000 Gefangene wurden gemacht, 11 000 Gewehre und 105 Geschütze wurden erbeutet.

Badischer Teil

Die nationalsozialistischen Provokationen

Minister Dr. Kemmler schreibt dem Karlsruhe' „Volkstribüne“: Auf Vorschlag meiner Parteigenossen habe ich in Offenburg in einer Wählerversammlung zu sprechen. Es war meine Absicht, in ihr im wesentlichen die Vorgänge, die zur Reichstagsauflösung führten, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu behandeln. Mich in Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten einzulassen, hatte ich nicht beabsichtigt. Was aber kam? Die Anschlagplakate der Partei wurden mit nationalsozialistischen Zetteln überklebt — übrigens eine Wahrnehmung, die auch anderwärts gemacht wird —, so daß ein zweiter Anschlag gemacht werden mußte. Als ich die Bühne des Saales betrat, empfing mich eine verhältnismäßig geringe Anzahl von etwa 20-jährigen Burschen mit Pfeifchen. Mitten unter ihnen sah der nationalsozialistische Abgeordnete Kühler von Weinheim, der sich ab der Helmbreit seiner Jünglinge außerordentlich freute. Es war also kein Zweifel mehr, die Nationalsozialisten waren gekommen, um sich genau, wie es in der Versammlung des Herrn Ministers Dietrich in der Festhalle zu Karlsruhe passierte, auszutoben. Wie in der Dietrich-Versammlung gab es auch hier lärmige Zwischenrufe, die dann regelmäßig von einem abnormen Gelächter begleitet waren. Es scheint somit bei den Nationalsozialisten die Absicht vorzuliegen, den Wahlkampf in einer persönlich gefärbten Weise zu führen und unsere Burschen, die von den Schwierigkeiten der politischen Probleme nicht die geringste Ahnung haben und die von den Führern der Nationalsozialistischen Partei in der Hoffnung, die Errichtung des dritten Reiches stehe nahe bevor, geradezu fanatisiert worden sind, ihr trauriges Spiel gegen eine friedliche Bevölkerung treiben zu lassen.

Kann das so weiter gehen? Dürfen sich politische Parteien derart terrorisieren lassen? Ich für meinen Teil habe hierzu keine Lust. Eine Redefreiheit für Nationalsozialisten in unseren Versammlungen kann es nicht geben. Eine solche führt, so wie die Dinge nun einmal liegen, regelmäßig zu Störungen. Eine Nichtzulassung der Diskussionsfreiheit für Nationalsozialisten im voraus bekannt gemacht, schafft für die Leiter von Versammlungen bei der Ausübung des Hausrechts juristisch einen klaren Boden. Die Nationalsozialisten werden zwar davon sprechen, man fürchte sich vor ihnen. Debatten auf sachlicher Grundlage mit ihnen sind nicht möglich. Diskussionen auf rein persönlich gefärbter Grundlage nützen unserer Partei nichts. Keinem anständigen Menschen kann zugemutet werden, sich im Wahlkampf von jungen Menschen persönlich verunglimpfen, beleidigen und beschimpfen zu lassen.

Aus der badischen Industrie

Gehalts- und Arbeitszeitverlängerung bei einer Mannheimer Firma. Der Fabrikant, der GDA, der DGB, und der Verband weißer Handels- und Büroangestellter haben den staatlichen Schlichtungsausschuß um einen Entscheid in Sachen einer Gehalts- und Arbeitszeitverlängerung einer metallverarbeitenden Mannheimer Großfirma am 1. August angerufen. Die Firma hat die Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich und die Gehaltsbezüge entsprechend um 10 Proz. gekürzt und beabsichtigt, ab 1. Sept. eine weitere Arbeitszeit- und Gehaltsverlängerung um ein Sechstel.

Die Aluminiumindustrie Rheinfelden beabsichtigt, ihren Betrieb zu vergrößern. Es soll dadurch circa 100 Arbeitern Arbeit beschafft werden.

Die Oberheinische Automobilgesellschaft in Freiburg, die Vertreter der Opelwerke für Oberbaden, hat sich gezwungen gesehen, einem Teil ihrer Angestellten zu kündigen, nachdem früher bereits bei der Belegschaft des Werks Lohnkürzungen und Entlassungen erforderlich waren.

Aufhebung des Sichtvermerkszwangs im Verkehr mit Australien

Nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat die Australische Regierung dem Deutschen Generalkonsulat in Sydney durch Schreiben vom 19. Mai 1930 mitgeteilt, daß sie bei der Einreise deutscher Staatsangehöriger von dem Erfordernis eines Passivums künftig absteht. Die australischen Einwanderungsbestimmungen bleiben indes unberührt.

Ausbildung der Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen

Die seit Jahren in Fachkreisen diskutierte reichseinheitliche Regelung der Ausbildung der Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen tritt am 1. Oktober 1930 in Kraft. Damit ist auch für unsere badischen staatlich geprüften Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen eine größere Freizügigkeit hinsichtlich ihrer Berufsausübung im ganzen Deutschen Reich gewährleistet, da ihre Ausbildung im Gegensatz zu den bisherigen Bestimmungen in allen deutschen Ländern als gleichwertig anerkannt wird.

Die grundsätzlichen Änderungen der neuen Bestimmungen treffen vor allem die Säuglings- und Kleinkinderkrankenschwestern, deren pflegerische Ausbildung künftig zwei Jahre dauern, um den verantwortungsvollen Anforderungen in den Kinderheil- und pflegeanstalten genügen zu können. Demgegenüber wird die Vorbildung für die staatliche Prüfung der Säuglings- und Kleinkinderpflegerin in der Familie im wesentlichen der bisherigen Ausbildung entsprechen. Neu hinzugekommen sind für die Familienpflegerin pädagogische und hauswirtschaftliche Kenntnisse, was wohl von der arbeitgebenden Frau und Mutter allgemein begrüßt werden wird. Nähere Auskunft erteilt der Badische Landesverband für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge, Karlsruhe, Karl-Wilhelms-Str. 1.

Funktürme in Holz

Daß für das Gelingen von Telephon- und kleinen Kraftleitungen Holzmasten das Gegebene sind, bezweifelt niemand. Der billige Preis dieser Masten und ihre Handlichkeit sind die Gründe, die für jeden anderen Mast eine unüberwindliche Konkurrenz bilden. Bei großen Funkmasten, wie sie im Laufe der letzten Jahre in Deutschland in großer Anzahl bis zu 80 Meter Höhe in Holz ausgeführt wurden, liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Es ist naheliegend, daß die gegenüber Eisen wesentlich stärkeren Abmessungen der einzelnen Stäbe dem Wind mehr Widerstand bieten, so daß Holztürme für ganz erhebliche größere Kräfte bemessen werden müssen als Eisentürme. Daher rührt es, daß bis vor wenigen Jahren große Funktürme in Deutschland fast ausschließlich in Eisen erstellt wurden.

Es hat sich aber gezeigt, daß das Holz diesem Nachteil einen sehr wichtigen Vorteil gegenüberzustellen hat, nämlich seine günstigeren elektrischen Eigenschaften. Die großen Eisenturme, die trotz aller Vorsicht in dem Gerippe eines Eisenturms stecken, machen sich dadurch bemerkbar, daß sie einen erheblichen Teil der der Antenne zugeleiteten Energie verschlucken. Beispielsweise haben Versuche mit der im Frühjahr 1928 in Betrieb genommenen Anlage des Rundfunksenders München-Stadelheim ergeben, daß nur ein geringer Teil der Antennenenergie wirksam abgestrahlt wurde, während der Rest durch die Türme aufgezehrt wurde. Seinerzeit wurden an Stelle der 100 Meter hohen Eisentürme zwei 75 Meter hohe Holztürme erstellt, durch die sich der Wirkungsgrad wesentlich erhöht hat. Seitdem sind bei öfteren für deutsche Rundfunksender, so beispielsweise in Kaiserslautern, Königberg und Köln, Holztürme bis zu 80 Meter Höhe gebaut worden.

Zur Zeit werden durch die Karl Kübler AG., Stuttgart, die Eisentürme auch die Münchener Funktürme geliefert, hat in Dürrenmühlacker für den neuen Süddeutschen Großsender 2 Funktürme von je 100 Meter Höhe angefertigt und aufgestellt. Es ist zu hoffen, daß auch bei dieser Anlage sich das Holz erwartungsgemäß bewähren wird. Bemerkenswert ist, daß bei den eben genannten Türmen sämtliche Eisenteile mit alleiniger Ausnahme der in den Fundamenten beton eingreifenden Verankerung vollkommen vermieden sind, um jegliche nachteilige Auswirkung des Eisens auf den Funkbetrieb zu vermeiden.

15. Badisches Landesturnen in Mannheim

Das größte turnerische Ereignis des Jahres, das 15. Badische Landesturnen in Mannheim vom 8. bis 10. August, gab der Stadt guten Anlaß, großen Festschmuck anzulegen und dadurch die 6000 Turner und Gäste, die aus diesem Anlaß nach Mannheim gekommen sind, zu ehren.

Das Turnfest nahm seinen Anfang am Freitagvormittag mit verschiedenen Kampfrichterfesten. Am Nachmittag begann dann das eigentliche turnerische Programm des Festes. Es wurden die Jumps, Rehn- und Fünfstämpfe für Turner und die Rehn- und Vierkämpfe für ältere Turner ausgetragen. Weiter wurden die Kämpfe im Freistilringen und im Sechten ausgetragen. Schon nachmittags um 1 Uhr herrschte auf allen Plätzen des Mannheimer Stadions reges turnerisches Treiben. In gerader Vorbildlicher Weise hatte die Leitung die Organisation durchgeführt, so daß alles musterhaft abging. Die Kämpfe wurden jedoch leider durch niedergebenden Regen auf einige Zeit unterbrochen. Doch bald brach sich wieder die Sonne Bahn, und die turnerischen Veranstaltungen konnten am ersten Tage reibungslos zu Ende geführt werden.

Am Abend erfolgte im Mannheimer Schloßhof die Abergabe des badischen Bundesbanners durch den Bürgermeister von Gaggenau. Das Banner wurde von Oberbürgermeister Dr. Heimerich (Mannheim) in Empfang genommen. Im Anschluß daran bewegte sich ein langer Fackelzug der badischen Turner aus allen Teilen des badischen Landes durch die Straßen der Feststadt.

Der Voranschlag der Stadt Ettlingen für 1930/31 fand im Bürgerausschuß unter Vorsitz von Bürgermeister Kraft seine Erledigung. Der Voranschlag wurde nach einigen unbedeutenden Änderungen mit allen gegen die Stimme des Kommunisten und einer Enthaltung angenommen. Darnach stellen sich die Umlagesätze wie folgt: Grundvermögen 86 Pf. (bisher 88 Pf.), Betriebsvermögen 41 (83) und Gewerbebeitrag unter 10 000 Reichsmark 516 Pf. (495), Gewerbebeitrag über 10 000 RM 697 (619) je 100 RM Steuerwert. — Neueingeführt wurden die Kanal- und Schwemmpfeuer; ebenso erfahren die Wasser-, Gas- und Strompreise eine geringe Erhöhung. Die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte, darunter Ausbau der Badeanstalt und Ausbau der Reichenhalle wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bürgerausschuß Emmendingen befaßte sich mit der Erweiterung der städt. Kläranlage. Einstimmig wurden zu dem bereits schon bewilligten 100 000 RM zum Ausbau der Anlage weitere 150 000 RM vom Bürgerausschuß zur Verfügung gestellt.

Aus der Landeshauptstadt

Eisenbahnverkehr am Verfassungstag und an Maria Himmelfahrt. Am Verfassungstag, 11. August, kommt in Baden der Sonntagsfahrplan zur Ausführung, d. h. es verkehren die Sonntags- und Feiertagszüge gemäß den Kursbüchern. An Maria Himmelfahrt, 15. August, werden zwar, wie am Verfassungstag, Sonntagsfahrten ausgeben, jedoch kommen an diesem Tage die Sonn- und Feiertagszüge mit Ausnahme der Spielzüge nach Ditzheim nicht zur Ausführung.

Eine Neuerung im Stadgarten-Restaurant. Anstoßend an den renovierten Weinsaal ist ein Teil des Gartens von dem übrigen Teil des Stadgartens durch einen Zaun als Gartenterrasse zum Restaurant gehörig abgegrenzt worden. In diesem abgetrennten Teil ist nun fortan — Eingang von Bierordbadseite — kein Eintritt mehr zu bezahlen; auch bei großen Konzerten haben die innerhalb dieses Raumes befindlichen Gäste nur mehr den Konzertausschuß zu bezahlen.

Tagung der Badischen Gemüsezüchter. Gelegentlich der Karlsruher Gartenbauausstellung (18. bis 21. September) veranstaltet der Fachausschuß für Gemüsebau im Landesverband badischer Gartenbaubetriebe eine Tagung der badischen Gemüsezüchter, die aus allen Teilen unserer badischen Heimat und von Vertretern dieses gärtnerischen Berufszweiges aus den benachbarten Ländern besucht wird.

Landung der BFW 118 der Nordbayr. Verkehrsflug-AG. Auf dem Karlsruher Flugplatz landete gestern Abend eine Messerschmitt-Ganzmetall-Kabinenmaschine mit Siemens-100-PS-Sternmotor der Nordbayr. Verkehrsflug-AG. Das Flugzeug besaß mit Zwischenlandung in Köln, Wiesbaden/Mainz und Mannheim die Strecke Düsseldorf-Karlsruhe in knapp 2 1/2 Stunden, eine hervorragende praktische Verkehrsleistung.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Luftdruck stieg bisher über dem Festlande ununterbrochen weiter. Aber Frankreich ist jetzt ein Teilhoch mit 770 Millimeter entstanden, das langsam nach Osten zieht. Unter seinem Einfluß wird das heitere Wetter anhalten. Voraussage bis Montag Abend: Fortdauer des heiteren und vorwiegend trockenen Wetters, tagsüber zunehmende Erwärmerung, gegen Abend im Gebirge vereinzelt lokale Gewitter.

Handel und Wirtschaft

Die Handelskammer Pforzheim zur Handelspolitik

Die Handelskammer Pforzheim weist in einer Eingabe an das badische Ministerium des Innern, an das Reichswirtschaftsministerium und an die Spitzenverbände auf die außerordentlich große Gefahr hin, welche die Forderung der scharf agrarpolitisch orientierten Handelspolitik mit sich bringen würde.

Ein härterer Schlag als ein Vorkriegs in den Niederlanden und den skandinavischen Staaten könne die deutsche Wirtschaft gar nicht treffen; denn das seien unsere besten Märkte. Bei der Stellungnahme zu den handelspolitischen Fragen dürfe man nicht nur die Not der Landwirtschaft ins Auge fassen, sondern müsse auch berücksichtigen, daß die Industrie ebenfalls in Not ist und in eine katastrophale Lage geraten muß, wenn ihr durch eine einseitige agrarpolitische Handelspolitik die Möglichkeit einer Ausfuhr immer mehr genommen wird. Die bestehenden Handelsverträge dürften auf keinen Fall geändert und müßten, ebenso wie die Weisbegünstigung, auf welcher unser Fertigerwarenexport ruht, in einer lokalen Weise gehandhabt werden. Darüber hinaus werde die deutsche Wirtschaftspolitik, wenn man nicht die Arbeitslosigkeit ins Unermessliche wachsen lassen wolle, die Beziehungen zu den stilles Agrarstaaten verbessern müssen.

Die Handelskammer bittet daher das badische Ministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium weiter sich auf dafür einzusetzen, daß die Interessen der Edelmetall-, Schmuckwarenindustrie nicht nur bei den kommenden Handelsverträgen, sondern auch dort, wo sie trotz Verstößen der Handelsverträge Schwierigkeiten habe, stärker unterstützt werden als bisher, weil sonst diese Industrie nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Zweite Zuteilung von Baugeldern der Badischen Landesbauparlasse. Dieser Tage fand in den Räumen des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Mannheim die zweite Zuteilung von Baugeldern der Badischen Landesbauparlasse statt. Es wurden zugeeilt 81 000 RM an 12 Bauparzer. Die Bauparzer haben ihren Wohnsitz in den Bezirken der Sparkassen Weinheim, Ladenburg, Mannheim, Schwetzingen, Mosbach und Salem. Folgende Berufsstände sind vertreten: ein Ingenieur, zwei Landwirte, ein Beamter, zwei Kaufleute, zwei Handwerker, ein Architekt, ein Bauunternehmer und ein Apotheker.

Die süddeutschen Eisenpreise freigegeben. Der „Frankf. Zig.“ zufolge haben interne Differenzen innerhalb des süddeutschen Eisengroßhandels zu einer Auflösung des Süddeutschen Eisengroßhändlerverbandes in Mannheim geführt, dessen Errichtung bekanntlich vor einigen Wochen zustande kam, nachdem seit etwa Jahresbeginn über diesen Gegenstand verhandelt worden war. Die Folge dieser Differenzen ist die Auflösung des Verbandes gewesen, die praktisch eine Freigabe der bisher vom Süddeutschen Eisengroßhändlerverband regulierten Preise bedeutet. Einstweilen dürfte auf Grund solcher Vereinbarungen an den verschiedenen süddeutschen Hauptplätzen versucht werden, die Preise des Verbandes praktisch einzuhalten. Es handelt sich bei diesen Preisen bekanntlich noch um die alten Preise des Verbandes; die viel diskutierte Erhöhung, welche den gemeldeten Vor-Protest zur Folge hatte, war noch nicht durchgeführt worden. Mit der Auflösung des Eisengroßhändlerverbandes ist auch die Existenz der Süddeutschen Eisenzentrale (SEZ) in Mannheim in Frage gestellt. Dieser Verband, der alle Groß-, Mittel- und Kleinhändler Süddeutschlands umfaßt, ist noch nicht aufgelöst worden. Inwiefern er aber jetzt nach Freigabe der Großhandelspreise in der Lage sein wird, an allen süddeutschen Plätzen seinen Notierungen Geltung zu verschaffen, bleibt abzuwarten, denn der eigentliche Preiszwang fehlt jetzt dieser Organisation. Inzwischen dürften die Verhandlungen innerhalb des Großhandels weitergehen. Angesichts der starken Verminderung der Umsätze, die sich gegenüber der gleichen Vorjahreszeit etwa halbiert haben dürften, hat die Annahme einer baldigen Verständigung manches für sich.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. August hat sich in der verflochtenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 239,8 Mill. Reichsmark auf 4398,8 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 36,5 Mill. Reichsmark auf 399,0 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 66,7 Mill. Reichsmark auf 2086,8 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 66,5 Proz. in der Vorwoche auf 69,5 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 62,1 Proz. auf 66,8 Proz.

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 3 1/2 Proz. ermäßigt.

Olympia



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

MANNHEIM

Q 7, 23
Fernsprecher:
Mannheim 28723/28887

BUROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DUSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 27; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffsgraben 15; KÖLN, Weisenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STÜTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters.

Grundstückszwangversteigerung.

5 V. T. 9/30.

Nachdem durch Beschluss des Amtsgerichts Karlsruhe das Verfahren gegen den Ehegatten mit dem gegen die Ehefrau Kaiser in die jeweiligen Miteigentumsanteilen an dem Hausgrundstück Lgb. Nr. 1746 der Gemarkung Welschnireut verbunden worden ist, wird der auf Donnerstag, den 21. August 1930, nachmittags 3 Uhr, anberaumte Termin aufgehoben und das Notariat versteigert im Zwangswege am Donnerstag, dem 16. Oktober 1930, nachm. 3 Uhr, im Rathaus zu Welschnireut das Hausgrundstück Lgb. Nr. 1746 des Hilfsarbeiters Friedrich Kaiser und dessen Ehefrau Emma geb. Ruf, beide in Welschnireut.

Die Versteigerung wurde am 10. April und am 24. Juli 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 10. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösvorteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschriftung:

Lgb. Nr. 1746: 4,73 a Hofreite, Gewann Unterfeld I, Knielingen.

Auf der Hofreite steht:
a) ein einstöckiges Wohnhaus mit Eisenbalkenteller,
b) ein einstöckiger Stall — Schweine- und Geflügelstall — Abortanbau. Q. 780
Schätzungspreis 11 000 M.

Karlsruhe, den 7. August 1930.

Notariat V — Vollstreckungsgericht.

Grundstückszwangversteigerung.

5 V. T. 2/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat an Dienstag, dem 30. September 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stof., Zimmer Nr. 13, das Hausgrundstück — Gärtdstr. 45 b — des Fabrikanten Alfred Meng, Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 14. Januar 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 14. Januar 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösvorteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschriftung:

Lgb. Nr. 5098: 5,73 a Hofreite — Gärtdstr. 45 b — der Gemarkung Karlsruhe.

Auf der Hofreite steht:

- a) 1 dreistöckiges Wohnhaus mit Schienenkeller und Kniestock. Q. 781
 - b) eine einstöckige Werkstätte,
 - c) ein einstöckiges Viehstallgebäude,
 - d) ein einstöckiger Holzschopf,
 - e) eine einstöckige Werkstätte an b) und c) angebaud.
- Schätzungswert ohne Zubehör 38 000 M., und mit Zubehör 38 030 M.

Karlsruhe, den 7. August 1930.

Notariat V — Vollstreckungsgericht.

Q. 779. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma G. Wächle, Inhaber Gebr. Kohlmann, Karlsruhe, Erbprinzenstr. Nr. 28, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. R. Baerthel, Karlsruhe, Kaiserstr. 154, bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Mittwoch, den 27. August 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stof., Zimmer Nr. 252. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und seine Anlagen, sowie das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I., Zimmer 256, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, 4. August 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.

Q. 778. Schopfheim. Güterrechtsregister-Eintrag Band I Seite 389: Männer, Otto, Telegraphenhandwerker in Maulburg und Olga geborene Grether. Bertrag vom 30. Juli 1930: Gütertrennung. Schopfheim, 6. August 1930. Bad. Amtsgericht.

Stadtpark-Restaurant

Im neu renovierten Weinsaal mit anstoßender Gartenterrasse:

Menüs, mittags u. abends zu fest. Preisen nach der Karte zu jed. Tageszeit

Hervorragend gute, preiswerte Küche · Auserwählte Weine · Best gepflegte Biere · Eigene Konditorei · Kaffee · Täglich Schallplattenkonzert · Um geneigt. Zuspruch bittet G. Merkt

Der Eintritt auf die Gartenterrasse, Zugang vom Vierordt-Bad, ist frei. An Konzerttagen ist innerhalb des abgegrenzten Raumes nur der Konzertschlag zu bezahlen

Mittagessen

Sonntag, 10. August 1930. a 3 RM.
a 2 RM.
Hühnerkraftbrühe m. Einlag. Ostender Steinbutte mit Aurotunke, neue Kartoffel
Gespickte Rehkeule garniert nach bürgerlicher Art
Eiscremetorte Maria Stuart
Gespickte Rehkeule garniert nach bürgerlicher Art
Eiscremetorte Maria Stuart

Abendessen

Sonntag, 10. August 1930. a 3 RM.
a 2 RM.
Klare Schildkrötensuppe
Kalbssteak nach Gärtnerin Art
Mandelpudding mit Weinschaumtunke
Klare Schildkrötensuppe nach Tuluser Art
Mastochsen-Lendenschnitte garniert nach Sevillaner Art
Mandelpudding mit Weinschaumtunke

532

Kreisfarrenmarkt.

Am Dienstag, den 26. August 1930 findet in Donaueschingen auf dem Viehmarktplatz der

Kreisfarrenmarkt

für oberbadiisches Fleckvieh statt. Der Markt wird stets mit einer großen Anzahl guter Farren besetzt und bietet eine gute Einkaufsgelegenheit von allerbesten, markierten, im Zuchtgenossenschaftsbuch eingetrag. mit weitgehendstem Abstammungsnachweis versehenen Farren. Wir laden zum Besuch dieses Marktes höflich ein.

KREISVERWALTUNG VILLINGEN

Öffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten:
Auf 15. August:
Die Vorauszahlungen für die Vermögenssteuer für das 3. Vierteljahr 1930 in Höhe von einem Viertel der im letzten Bescheid festgesetzten Steuer-schuld.
Landwirte zahlen dieses Viertel zusammen mit dem 4. Viertel auf 15. 11. 1930.
Auf 15. August:
Zahlung des ersten Teilbetrages der Aufbringungsumlage 1930.
An die Zahlung dieser Abgaben wird erinnert. Gleichzeitig wird an die fälligen Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuerabschlusszahlungen für 1929 erinnert.
Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Post-nachnahmeverfahren eingezogen oder beigetrieben. Unbare Zahlung unter vollständiger Angabe der Steuernummer wird empfohlen.

Karlsruhe, den 10. August 1930. Q. 776
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Kommundarlehnen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMANN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Wanzen! Wanzen!

welch ein Schreck, mit SO2 schafft's Hüllstern weg
F. Hüllstern, Ungeziefer-Vernichtungs-Anstalt, Herrenstr. 5, Tel. 5791.



Die unterzeichnete Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger derselben werden aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Liquidator zu melden.
Stuttgart, 11. Juni 30. Hßlandstr. 16 A.
Energie Gesellschaft für elektrische und industrielle Unternehmungen m. B. & i. L. in Engen.
Der Liquidator:
Zippel.

Wir das direkte Auskunftssystem bietet unter Wert große Vorteile. Rühre Aufklärung u. Beschäftigung gratis.

Wir werben für Sie!

Druck G. Braun, Karlsruhe